

## Die Zukunft der Feuerwehren in Niedersachsen sichern

Am 30. Oktober 2008 referierte der Braunschweiger SPD-Landtagsabgeordnete Klaus-Peter Bachmann auf Einladung der Gifhorer Abgeordneten Klaus Schneck und Detlef Tanke zur „Zukunft der Feuerwehren in Niedersachsen“ in der Wesendorfer „Deele“. Bachmann stellte die Ideen der SPD-Fraktion vor, mit denen die Zukunft der freiwilligen Feuerwehren in Niedersachsen gesichert werden soll.

Dies war bereits die dritte Veranstaltung zu den Angelegenheiten der Feuerwehren der Gifhorer SPD Landtagsabgeordneten. Während es in der Vergangenheit um die Ausgestaltung der Leiststellenstruktur ging, stand dieses mal die allgemeine Situation gerade der freiwilligen Feuerwehren und die Möglichkeiten, wie diese unterstützt werden können im Mittelpunkt. So stellte Klaus Schneck auch die bedeutenden Leistungen der Feuerwehren in seiner Begrüßung heraus. „Die Kameradinnen und Kameraden in den freiwilligen Feuerwehren leisten einen großartigen Dienst an der Allgemeinheit und sind der Kern unserer Gefahrenabwehr, um dessen Einsatzfähigkeit und Qualität wir oft beneidet werden. Wir als Politik sind verpflichtet sie bei ihrer Arbeit zu unterstützen und die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit sie auch weiterhin die Voraussetzungen für ihre Arbeit haben.“

In seinem Vortrag stellte Bachmann einen Antrag der SPD-Fraktion vor, den die Fachpolitiker in Zusammenarbeit mit allen Bereichen der Niedersächsischen Feuerwehren erarbeitet haben. Bachmann ist Sprecher für den Bereich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr der SPD-Landtagsfraktion und kennt sich auch in der Praxis aus, denn er ist seit seinem 18. Lebensjahr Mitglied der freiwilligen Feuerwehr. Die Serie der Veranstaltungen zu diesem Thema wird auch außerhalb von Wahlkampfzeiten fortgesetzt, betonte Bachmann.

Seit seinem letzten Vortrag im Landkreis Gifhorn gelang es der SPD-Fraktion im Landtag fünf damals genannte Punkte erfolgreich durchzusetzen. Das zeige, dass man auch als Opposition die Landesregierung zur Einsicht bewegen könne:

1. Das Thema „**Integrierte Feuerwehr- und Rettungsleitstellen**“ wurde im novellierten Rettungsdienstgesetz neu geregelt. Darin gibt es einige neue gute aber auch weniger erfreuliche Bestimmungen zur Organisation des Rettungsdienstes. Wichtig ist, dass die SPD durchsetzen konnte, dass die Leitstellen eine kommunale Aufgabe bleiben. Sie werden nicht grundsätzlich mit den Polizeilagezentren zusammengeführt, wie ursprünglich von der Landesregierung geplant, sondern bleiben in kommunaler Zuständigkeit. Es wird auch keine Zwangszusammenlegungen zu sogenannten bunten Leitstellen geben. Eine freiwillige Zusammenarbeit ist aber möglich, wenn sich alle Beteiligten darauf verständigen.

2. Die Bundeszuschüsse für den **Katastrophenschutz** wurden nicht, wie anfangs befürchtet, im Brandschutzbereich komplett gestrichen, aber leider deutlich gekürzt. Hier müssen jetzt die Länder „in die Pflicht“. Niedersachsen stellt jetzt jährlich rund zwei Millionen Euro ein, die aber leider nur an die Hilfsorganisationen im Rettungsdienst fließen und nicht dem kommunalen Brandschutz zugute kommen. Hier muss in der Höhe der Förderung und der Zweckbindung der Mittel noch deutlich nachgebessert werden.

3. Die Ersatzbeschaffung von Flugzeugen für den **Feuerwehr-Flugdienst Niedersachsen** und ihr tatsächlicher Einsatz („auch gegen den Willen der Polizeidirektionen“) durch die Feuerwehr konnte durchgesetzt werden.

4. Ein Erfolg ist, dass endlich (fast zwei Jahre nach dem Versprechen gegenüber dem Landesfeuerwehrverband) die Stelle des **Landesbranddirektors** wieder besetzt und ein erfahrener Experte dafür gefunden wurde, dessen Stellung neben dem Landespolizeidirektor gleichberechtigt ausgestattet ist. Hier muss jedoch noch erreicht werden, dass der Landesbranddirektor auch für die Bereiche Katastrophenschutz und Rettungsdienst zuständig wird.

5. Ebenfalls positiv ist, dass es der SPD gelang, das Weiterbestehen der eigenständigen **Niedersächsischen Feuerwehrunfallkasse** zu erreichen. Klaus-Peter Bachmann setzte sich als erster Parlamentarier dafür ein, denn er weiß auch aus seiner persönlichen und praktischen Erfahrung als freiwilliger Feuerwehrmann, wie wichtig die Feuerwehrunfallkasse ist, deren Leistungen über die anderer gesetzlicher Unfallversicherungen (Berufsgenossenschaften) hinausgehen. Diese positive Entscheidung wurde im sozialdemokratisch geführten Bundesarbeits- und Sozialministerium getroffen. Der Bundestag hat das Organisationsrecht zwischenzeitlich den Bundesländer zugestanden.

Probleme gibt es jedoch weiterhin bei der Einführung des **Digitalfunks**, berichtete Bachmann, der diese Schwierigkeiten schon vor zwei Jahren kommen sah und in einem SPD-Entschließungsantrag verhindern wollte, dieser wurde jedoch seinerzeit von der CDU/FDP-Mehrheit im Landtag abgelehnt. Das Land Niedersachsen und der zuständige Innenminister Schünemann müssten eigentlich neben den vom Bund bereitgestellten Investitionen die Kosten für die Errichtung des kompletten digitalen Funknetzes in Niedersachsen tragen, da es für die Landespolizei zwingend flächendeckend erforderlich ist. Offensichtlich sollen jetzt aber weite Teile des Landes ausgeklammert werden, darunter auch Bereiche von Harz und Heide, wo aber besondere Brandgefahr bestehe, warnte Bachmann. Auch zeichnet sich keine ausreichende „In-Haus-Versorgung“ ab. Die Kommunen, die ohnehin die Kosten für die digitalen Endgeräte des Brandschutzes und des Rettungsdienstes aufbringen müssen, wären dann auch gezwungen, die Netzkosten in diesen „unterversorgten“ Gebieten zu übernehmen. Die endgültige Entscheidung steht noch aus, aber Bachmann will sich dafür einsetzen, dass das Land alle Netzkosten übernimmt.

Die SPD-Fraktion hat einen umfangreichen **Entschließungsantrags zur Sicherung der Zukunft der Feuerwehren in Niedersachsen** in den Landtag eingebracht, der zusammen mit vielen Feuerwehrleuten erarbeitet wurde:

Ein großes Problem sind die langsam **rückläufigen Mitgliederzahlen** bei den Feuerwehren. Ursachen sind die demografische Entwicklung und Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt. Wer täglich zu einem weit entfernten Arbeitsplatz pendelt, steht nicht für einen schnellen Feuerwehreinsatz zur Verfügung. Dadurch wird die geforderte Mindeststärke der Ortswehren tagsüber teilweise nicht erreicht.

Die SPD-Fraktion hat drei grundsätzliche Ziele formuliert:

1. Alle kleinen **Ortsfeuerwehren** müssen erhalten bleiben, weil sie neben den eigentlichen gesetzlichen Aufgaben auch wichtige Aufgaben im Bereich der Prävention und als oft letzter Kultur- und Organisationsträger in ihren Ortsbereichen erfüllen.

2. Nicht jede Einzelheit zum Feuerwehrrecht muss im Landesgesetz geregelt werden, weil die Bedingungen in Großstädten und in kleinen Orten sehr verschieden sind. Deshalb schlägt der SPD-Antrag vor, die Gemeinden, die Träger ihrer Feuerwehren sind, sollten mehr in **Eigenverantwortung im Rahmen der Feuerwehrsatzung vor Ort** regeln dürfen. Durch

größere Entscheidungsflexibilität sollen die freiwilligen Feuerwehren auch in kleinen Orten bestehen bleiben können, denn die SPD will auf keinen Fall die Einberufung sogenannter „Pflichtfeuerwehren“, in denen Bürgerinnen und Bürger gezwungen wären, Feuerwehrdienst zu leisten.

3. Als weiteres Ziel sollen die **Aus- und Fortbildung** gesichert und Probleme bei der **Freistellung** durch die Arbeitgeber der Feuerwehrleute ausgeräumt werden.

Die SPD schlägt deshalb vor zu prüfen, wie die Anforderungen an die **Mindeststärke** der Feuerwehren der heutigen Situation angepasst werden können, beispielsweise dadurch, dass die Mindeststärke nicht mehr für einzelne Ortswehren sondern durch **Brandschutzbedarfspläne** für das gesamte Gemeindegebiet berechnet werden kann..

Ferner brauche man **Brandschutzbedarfspläne** um eine neue, angepasste Ausrüstung der Wehren mit geeigneten Fahrzeugen und Geräten zu erreichen, betonte Bachmann. Die Gemeinden stehen in der Pflicht. Oft überlassen sie das Risiko aber ihren ehrenamtlichen Wehrführern. Wo zum Beispiel tagsüber nur drei Feuerwehrleute zur Verfügung stehen, brauchen sie, um einsatzfähig zu sein, ein wasserführendes Fahrzeug, damit der zeitraubende Aufbau der Wasserversorgung mit nur wenigen Leuten entfallen kann. So ausgerüstet können auch drei Feuerwehrleute einen Entstehungsbrand begrenzen und damit einen Großbrand verhindern.

Falsch ist auch die Praxis der Landesregierung, die Gemeinden die auf **Bedarfszuweisungen** vom Land angewiesen sind, zu drängen, ihre Wehren zusammenzulegen oder Ortsfeuerwehren aufzulösen.

Außerdem sollten Kommunen vor Ort entscheiden dürfen, ob sie freiwillige Feuerwehrleute, die die **Dienstaltersgrenze** von 62 Jahren erreicht haben, weiterhin mit für sie geeigneten Aufgaben betrauen wollen, wenn es dort an Personal fehlt. Diese könnten problemlos noch Hintergrund- und Logistikdienste übernehmen. Bachmann: „Das ist besser als bei Unterschreitung der Mindeststärke die Ortsfeuerwehr aufzulösen.“

Weiteres Ziel sollte eine flächendeckende Einrichtung von **Kinderfeuerwehren** sein, damit Kinder zwischen sechs und zehn Jahren schon für das Feuerwehrwesen interessiert werden können. Bachmann: „Wenn Kinder erst einmal für konkurrierende Bereiche in Sport und Kultur gewonnen sind, stehen sie als Nachwuchskräfte für die Freiwilligen Feuerwehren oftmals nicht mehr zur Verfügung“. Zurzeit können erst 10-jährige Mitglied von **Jugendfeuerwehren** werden.

Es sollte auch möglich sein, ein **Freiwilliges Soziales Jahr** bei den Feuerwehren zu verwirklichen, um in Feuerwehren mit hauptamtlichen Gerätewarten oder Wachbereitschaften Jugendliche einzubinden und sie für den freiwilligen Dienst auf Dauer zu gewinnen. In anderen Bundesländern werden diese FSJ sogar mit Landesmitteln gefördert.

In weiteren Werbekampagnen sollte auch um noch mehr **Feuerwehrfrauen** geworben werden, wobei **Kinderbetreuung** während Einsatz- und Übungsdiensten für Alleinerziehende ein sehr gutes Angebot sei, schlug Bachmann vor. Der Deutsche Feuerwehrverband hat vor kurzem entsprechende Angebote, die es schon gibt, sehr positiv bewertet.

Es muss auch versucht werden, die Feuerwehren für **Einwohner und Bürger mit Migrationshintergrund** interessant zu machen, die das deutsche System freiwilliger Feuerwehren oft gar nicht kennen. Sie haben manchmal Vorurteile weil in ihren Heimatländern Feuerwehren militärische oder paramilitärische Einheiten sind.

Zur aktuellen Debatte um die Föderalismusreform 2:

Um all das zu finanzieren, muss die **Feuerschutzsteuer** für die Kommunen erhalten bleiben. 75 % davon fließen bisher an die Kommunen, die davon Teile ihrer Investitionen in den

Brandschutz finanzieren. Da heutzutage aber nur ein geringerer Teil der Einsätze auf den Brandschutz entfällt und immer mehr Technische Hilfeleistung und Einsätzen bei Unfällen (so zum Beispiel fast täglich auf der A 2) zum Einsatzgeschehen gehören, fordert die SPD-Landtagsfraktion einen kleinen Teil der **Mauteinnahmen** für die Kommunen einzusetzen. Hier sollte das Land – wie bereits Hessen – eine **Bundesratsinitiative** einleiten. Bachmann: „Es ist nicht einzusehen, warum Gemeinden die Vorhaltekosten für Fahrzeuge und feuerwehrtechnisches Gerät für den Einsatz auf Bundesverkehrswegen, Bahnstrecken und neue Tunnelanlagen allein aufbringen müssen“.

All diese Änderungs- und Modernisierungsmaßnahmen sind dringend erforderlich, unterstrich Bachmann, damit der Bestand der freiwilligen Feuerwehren auf Dauer gesichert wird und Kommunen entsprechende Unterstützung durch das Land erfahren.